



Sebastian Hartmann
Vorsitzender SPD im
Rhein-Sieg Kreis



Denis Waldästl
Vorsitzender der SPD
Kreistagsfraktion

Aufbruch und Perspektiven für eine neue Normalität

Seit über einem Jahr fordert die Corona-Pandemie weltweit Staaten, Gesellschaften und jede und jeden Einzelnen von uns heraus. In Deutschland wurden bislang nie gekannte Maßnahmen ergriffen, um die Pandemie wirksam bekämpfen zu können. Ziel dieser ist die Unterbrechung der Infektionsketten, der Schutz besonders vulnerabler Gruppen, die Vermeidung der Überlastung unseres Gesundheitssystems und der Erhalt möglichst vieler staatlicher, öffentlicher Funktionen - begonnen mit dem Schulsystem, als auch der öffentlichen Ver- und Entsorgung sowie dem Offenhalten besonders relevanter Unternehmen für den tagtäglichen Bedarf, bspw. im Einzelhandel.

Die neue Maßnahme, der sogenannte „Lockdown“, wurde in der Anfangsphase der Pandemie genutzt, um Zeit zu gewinnen und die Kurve der Virus-Neuinfektionen abzuflachen; Zeit, um Maßnahmen und ihre Wirksamkeit einschätzen zu können; Zeit zur Erforschung des Virus und Zeit, um zielgerichtetere Instrumente – von der Regionalisierung der Maßnahmen über Behandlungsmethoden und neuerdings Impfungen – zu entwickeln und einsetzen zu können.

Stand heute haben sich in Deutschland über 2,9 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert, 2,61 Millionen von ihnen gelten als genesen und doch beklagen wir den Verlust von über 77.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die ihr Leben durch das Virus verloren haben.

Wirksame Impfstoffe wurden in Rekordzeit entwickelt. Dieser große wissenschaftliche Erfolg wurde jedoch durch bürokratische Hürden geschmälert, Lieferengpässe und zu spät bestellte Impfdosen in der EU. Manche Staaten, die deutlich später mit dem Impfen gestartet sind als Deutschland, haben längst eine bessere Impfquote als wir. Gleichzeitig befinden wir uns seit Oktober 2020 im Lockdown – mit zwischenzeitlichen Abstufungen und Umformulierungen. Nun stehen wir heute an einer Weggabelung im Kampf gegen die Pandemie:

Ein weiter so kann und darf es bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht mehr geben. Das Handeln von MPK zu MPK, die Alleingänge von Ministerpräsident*innen bei Öffnungen oder Verschärfungsregeln, persönliche Bereicherung an notwendiger Schutzausrüstung durch Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder Sonderwege eines Kreises beim Impfen der Ü60-Jährigen mit AstraZeneca – all das verunsichert Menschen und lässt das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat und die Politik insgesamt erodieren.

Die Bürgerinnen und Bürger tragen mit der Akzeptanz der Freiheitseinschränkungen seit 13 Monaten maßgeblich dazu bei, dass die Infektionszahlen das Niveau anderer Länder nicht erreicht haben. Insbesondere alle Menschen der systemrelevanten Berufe haben Höchstleistungen vollbracht und aktiv daran mitgewirkt, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Leistungen, auf die wir als Gesellschaft stolz sein können.

Es braucht jetzt aber mehr als Appelle und Applaus. Es braucht einen Aufbruch für Perspektiven und für eine neue Normalität im Leben sowie im Umgang mit dem Corona-Virus. Die politisch Verantwortlichen müssen den Bürgerinnen und Bürgern deutlich mitteilen, wie sich unsere Situation darstellt und verbindliche Wege zu einer neuen Normalität aufzeigen. Impfen und Testen sind dabei zwei Schlüsselfunktionen, die endlich funktionieren müssen. Was auf Bundesebene von Gesundheitsminister Spahn und Wirtschaftsminister Altmaier verbockt und vom NRW-Quartett Laschet, Laumann, Gebauer und Stamp nur halbgar umgesetzt wird, müssen die Städte und Gemeinde vor Ort ausbaden – organisatorisch und vor allem finanziell.

Wir haben klare Erwartungen an Land und Bund zur Bekämpfung der Pandemie und gleichzeitig klare Vorstellungen, wie der Rhein-Sieg-Kreis selbst stark aus der Krise kommen kann. In einem föderalen Staat muss jede Ebene wie Bund, Land und Kommunen ihrer Verantwortung nachkommen. Doch Bund und Länder haben eine besondere Verantwortung unseren Kommunen und Kreisen gegenüber. Sie müssen entsprechende, anwendbare sowie nicht widersprüchliche Gesetze in Kraft setzen und ihre ungleich besseren finanziellen Möglichkeiten zur Stärkung der kommunalen Ebene, der Ebene die unsere Bürger*innen direkt betrifft, endlich einsetzen:

1. **Die finanziellen Belastungen der Corona-Pandemie dürfen nicht bei den Städten und Gemeinden hängen bleiben, sondern müssen zu 100% von Bund und Ländern übernommen werden.** Dies bedeutet nicht nur, Grundsteuererhöhungen zu vermeiden, bzw. zurückzunehmen, sondern auch die finanziellen Mehrbelastungen zu übernehmen – sei es durch Mehraufwand in Form von Beschaffungen, Personalausgaben oder Investitionen in kommunale Infrastrukturen. Es darf kein Corona-Schuldenberg entstehen, der über Generationen durch die Kommunen abgetragen wird. Das finanzielle Belastungsverhältnis darf nicht zu Ungunsten der Arbeit erfolgen und muss gerecht aufgeteilt werden.

2. **Die Testkapazitäten an Schulen und in Kindergärten müssen verpflichtend ausgeweitet werden.** Ziel muss es sein, dass Schulen und KiTas geöffnet bleiben und mit täglich durchgeführten, vom Land zur Verfügung gestellten Schnelltests das Infektionsrisiko reduziert wird. Bildung ist das Grundversprechen eines modernen Staates. Einher geht die zügige Umsetzung der Digitalpakete und eine umfassende Digitalisierungsstrategie unserer Bildungseinrichtungen von Tablets bis zur Breitbandversorgung jeder Einrichtung.

3. **Der Rhein-Sieg-Kreis muss insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, die regelmäßige Testung im Betrieb zu realisieren.** Dort, wo die Anwesenheit am Arbeitsplatz erforderlich ist, müssen regelmäßig und ausreichend Tests durchgeführt werden. In Abstimmung mit den Sozialpartnern und dem öffentlichen Gesundheitsdienst muss bei lokalen Corona-Ausbrüchen eine Testpflicht durchgesetzt werden – zum Schutz von Kolleginnen und Kollegen. Dort, wo Home-Office möglich ist, muss dies bei einem höheren Inzidenzwert Regelfall werden. Kommunale Beratungsstrukturen, bis hin zur Arbeitsagentur, müssen hier Unterstützung und Beratung leisten. Dies gilt vor allem im Bereich der Ausbildung und mit Blick auf unsere Berufskollegs.

4. **Der Rhein-Sieg-Kreis muss das Impftempo deutlich erhöhen, um seinem landesweit letzten Platz zu verlassen.** Dazu sind alle verfügbaren Impfdosen für die Erstimpfung einzusetzen und keine Rücklagen für die Zweitimpfung vorzuhalten. Außerdem sind die dezentralen Impfangebote im gan-

zen Kreisgebiet schnellstmöglich hochzufahren und gleichzeitig ausreichend Impfkapazitäten im Impfzentrum Sankt Augustin schaffen. Sobald ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht, ist ein maximales 24/7 Impfangebot einzusetzen – ggf. kann hier auf das Modellprojekt der Bundeswehr aus dem Saarland zurückgegriffen werden. Sollten sich die räumlichen Kapazitäten am Impfzentrum in Sankt Augustin nicht erweitern lassen, sind Drive-In Möglichkeiten, wie in Schwelm oder nochmal die Dependence Möglichkeit in Meckenheim zu prüfen. Damit geht eine einheitliche Kommunikationsstrategie einher, die die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Impfbereitschaft stärkt und nicht weiter verunsichert. Die Terminvergabe muss zeitnah, einfach und pragmatisch sein.

Das Modellprojekt zum digitalen Pandemie-Management darf im Rhein-Sieg-Kreis nicht auf den Sport begrenzt bleiben. Darüber hinaus macht ein Modellprojekt nur gemeinsam mit der Stadt Bonn Sinn, da die Grenzen zwischen Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis fließend sind. Die Menschen kennen in ihrem Alltag keine Stadt- oder Kreisgrenzen und schätzen ihre Bewegungsfreiheit, die wir erhalten wollen.

Für Gastronomie, Hotellerie, Kunst, Kultur, Brauchtum, Event- und Veranstaltungsbranche braucht es verbindliche Öffnungsperspektiven. Die Anforderungen an eine „coronakonforme“ Veranstaltung (Berücksichtigung des Impfstatus, Höchstpersonenzahl, Testverfahren, Raumgröße etc.) müssen zeitnah festgelegt werden, damit Veranstalter*innen planen und Gastronomen ggf. Ihr Angebot umbauen können. Wir wollen, dass dort, wo keine Gefährdungen existieren, der Normalfall „vor Corona“ wieder Bezugspunkt ist. Kunst und Kultur gehören, ebenso wie Veranstaltungen des Brauchtums oder die Gastronomie, untrennbar dazu. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen brauchen berechenbare Grundlagen.

Der „Lockdown“ darf nicht der Normalfall werden. Der Lockdown ist ein brachiales Mittel - aus Mangel an Alternativen. Diese sind zuvor als mögliche, mildere Mittel stets zu prüfen und zudem darf eines nicht vergessen werden. Ein „Lockdown“ verschärft Ungleichheiten. Eine Vielzahl von Berufen und Arbeitnehmer*innen kennt keinen Lockdown. Ob im Polizei- und Ordnungsdienst, den Pflegeeinrichtungen, der regionalen Gesundheitsversorgung oder in den Bereichen der Logistik oder der Ver- und

Entsorgung. Diese Arbeitnehmer*innen haben trotz gesundheitlicher Gefahren weitergearbeitet und den „Laden am Laufen“ gehalten. Wenn aus epidemiologischer Sicht ein nochmaliges, vollständiges Herunterfahren von Wirtschaft und Schulen notwendig ist, dann muss es eine wirtschaftliche Soforthilfe geben, die auch wirklich unmittelbar ausgezahlt wird., KiTa- und OGS-Beiträge müssen vom Bund und Land übernommen werden, die Zahl der Kinderkrankheitstage für Eltern muss nochmals aufgestockt und vor allem muss eine klare und verlässliche Öffnungsperspektive kommuniziert werden.

Zur Bewältigung der Pandemie müssen Bund, Land und Kommunen Hand in Hand gehen. Es braucht das Verständnis und die Akzeptanz aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes - ein wichtiges Prinzip für einen demokratischen Rechtsstaat. Es braucht einen gemeinsamen Kraftakt und einen Aufbruch für Perspektiven in einer neuen Normalität. Der Rhein-Sieg-Kreis muss seinen Teil pragmatisch zu einer solchen Lösung beitragen.

Beim Blick in die Zukunft müssen Konsequenzen aus der Corona Pandemie herausgearbeitet werden. Der öffentliche Gesundheitssektor muss dauerhaft gestärkt werden. Die Arbeits- und Hygienebedingungen in Alten- und Pflegeeinrichtungen bedürfen unserer dauerhaften Aufmerksamkeit und müssen verbessert werden. . Auch Folgen, wie finanzielle Schwächen, Burnouts sowie Depressionen müssen wir in der Zukunft gemeinsam bewerkstelligen.

8.